

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40 Reichstagsufer 3
Druck: Vormärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserentionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechsgespaltene Doppelparallelschleife 60 Goldspalten.
Gratulationen d. Seite 50 Goldspalten, für Todesanzeigen d. Seite 40 Goldspalten.

Geschichtskalender: 9. bis 15. Oktober.

- 9. Oktober 1921: Urabstimmung wegen Zusammenschluß.
- 10. Oktober 1885: Gauderein Dresden gegründet.
- 12. Oktober 1893: Verbandsvorstand des Brauerverbandes beschließt Erhebung eines Doppelmonatsbeitrages von 80 Pf.

- 14. Oktober 1890: Wiehle vom Gauderein Hannover ruft zu einem allgemeinen Brauerkongress auf. Gegen die Agitation der Hirsch-Dunderjahn Gewerkschaften.
- 14. Oktober 1893: Gründung des Ortsvereins Duisburg.
- 14. Oktober 1902: Beilegung der Differenzen (Boykott) mit den Brauereien in Kulmbach.

Verbandstagsprotokolle.

Mit dem 23. Verbandstag hat ein wichtiger Verbandsabschnitt seinen Abschluß gefunden. Nach 42jährigem Wirken des Verbandes für die Arbeiterklasse einer bzw. zwei in sich abgeschlossener Industriegruppen (Getränkearbeiter und Mühlenarbeiter) entstand ein Verband für die Arbeiterklasse aller Nahrungsmittel- und Getränkeindustrien und Gewerbebezweige.

Dieser wichtige Abschnitt unserer Bewegung macht es dringend geboten, daß möglichst jedes Verbandsmitglied sich die Verhandlungen wegen Zusammenschluß gegenwärtig hält.

Die Ortsvorstände werden deshalb dringend gebeten, für großen Umfang der Protokolle vom 23. Verbandstag unseres Verbandes und vom Gründungsverbandstag des großen Verbandes, die in einem Buch zusammengefaßt werden, sich einzufinden und die Bestellungen bis spätestens 25. Oktober 1927 beim Verbandsvorstand aufzugeben. Der Preis der Protokolle ist noch nicht festzustellen. Er wird geringer, je größer die Zahl der bestellten Exemplare ist. Die Protokolle werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Der Verbandsvorstand.

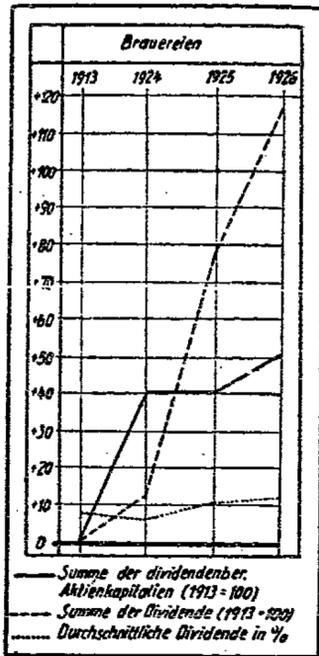
Ist die Industrie rentabel?

III. Brauindustrie.

Wir haben in den beiden vorangegangenen Artikeln die Rentabilität unserer Aktiengesellschaften ausschließlich vom Gesichtspunkt der Dividende betrachtet. Wir wissen, daß diese Unternehmung unvollkommen ist und niemals ein genaues Bild darüber geben kann, was die Aktiengesellschaften wirklich verdient haben. Wir haben in unserm ersten Artikel gesagt, daß die Aktiengesellschaften mit fremdem Gelde arbeiten und daß sie auf Grund des Handelsgehebuches verpflichtet sind, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie mit dem ihnen anvertrauten Geld gewirtschaftet worden ist. Die Aktiengesellschaften veröffentlichen dann auch, um dem Gesetz Genüge zu tun, alljährlich ihre Geschäftsberichte mit Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung.

Kein Mensch in Deutschland wird aber heute die Bilanz einer deutschen Aktiengesellschaft dahin bewerten, daß sie dem wirklichen Verhältnis entspricht. Bekannt ist ja, daß eine Bilanz frisiert werden kann. Man kann die Konten so verändern, daß der Stand der Aktiengesellschaft günstig erscheint. Man kann aber auch die Konten derart revidieren, daß ein guter Stand der Gesellschaft nicht allzusehr nach außen in Erscheinung tritt. Eine Gesellschaft kann Papiere kaufen und kann sie in die Bilanz weit unter Wert eintragen. Sie hat also Geldmittel im Besitz, die in der Bilanz gar nicht aufgeführt werden. Auf diese Art und Weise bildet man stille Reserven. Man kann Maschinen usw. mehr als notwendig abschreiben und verringert so die Aktiven, so daß der wirklich gemachte Gewinn gar nicht in die Erscheinung tritt. Oder man baut Neuanlagen. Früher war es üblich, daß die Kosten für solche Neuanlagen durch Anleihen oder Vergrößerung des Aktienkapitals aufgebracht wurden. Heute werden diese Anlagen aus den Einnahmen bestritten und auf dem Unkostenkonto verrechnet. Wie sich dieses Unkostenkonto zusammensetzt, wird der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. Man gibt in der Gewinn- und Verlustrechnung kurz die Einnahmen an und behauptet, soundsso viel machen die Unkosten aus, um dann einen Reingewinn, eine Dividende zu berechnen, die weit unter der wirklichen Rentabilität liegt. Gewöhnlich erfährt die Öffentlichkeit nur durch Zufall, inwieweit die einzelne Gesellschaft ihre wirklichen Gewinne verschwiegen hat. In der Regel sind es Aktionäre, die sich durch die gedrückte Dividende benachteiligt fühlen. In der Generalversammlung kommt es dann zu den bekannten Krachs und die Öffentlichkeit erfährt mit Staunen, welche Gewinne die Aktiengesellschaften wirklich gemacht und wie sie mit ihren in der Gewinn- und Verlustrechnung angegebenen Zahlen den Zeitgenossen etwas vorgemacht haben. Prozesse der letzten Zeit, die von benachteiligten Aktionären gegen die Aktiengesellschaften angestrengt wurden, haben bewiesen, daß tolle Dinge, die man nicht für möglich hält, in manchen deutschen Aktiengesellschaften (wir sagen nicht: Brauereien) gang und gäbe sind. Der Generaldirektor, der auf Kosten des Betriebs und im Auto des Betriebs Sommerreisen und Vergnügungsfahrten macht, der andere Generaldirektor, der auf Kosten des Betriebs eine sehr kostspielige Freundin aushält und der Sohn des Generaldirektors, der mit Akzepten des von seinem Vater verwalteten Betriebs Privatautos kauft, mögen immer noch eine Nachwirkung der Inflation sein; sie sind aber keine Seltenheit, auch heute noch nicht. Man wird sich nicht wundern, wenn so die Unkosten

der Betriebe doppelt und dreifach so hoch sind als vor dem Kriege. Und man wird auch nicht erstaunt sein, wenn eine fundige Beratung das enorm gestiegene Unkostenkonto und den gesunkenen Reingewinn auf die „steigenden Löhne“, die „erhöhten Steuern“ und die „Reparations- und Sozialbelastung“ zurückführt. Man tut immer klug, auf solche Argumentation nicht näher einzugehen, sondern erst zu verlangen, daß die gestiegenen Unkosten nachgewiesen werden und das Unkostenkonto spezifiziert wird. — Man hat gegen den von uns angegebenen Bilanzunfug oft dargelegt, daß die Aktiengesellschaften gefählich zu einer genaueren Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse gezwungen werden müssen, da sonst die Öffentlichkeit niemals sehen kann, wie es wirklich um die Rentabilität des Betriebes steht. Ohne Zweifel ist eine größere Publizität unserer Aktiengesellschaften notwendig. Mit einer Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen wird man



aber auch die Gesellschaften nicht ganz durchleuchten können. Dagegen spricht nämlich eine andere Uebung, die seit Jahr und Tag bei unseren Aktiengesellschaften gebräuchlich geworden ist. Man legt ja keinen Wert auf die Veröffentlichung des wirklichen Reingewinns. Der buchmäßige Reingewinn ist dann auch wirklich weit niedriger als der erzielte und der wirkliche Reingewinn stellt sich mehr in den stillen Reserven, in den Abschreibungen und in den für die Neuanlagen aufgewendeten Summen dar, als in dem, der in der Gewinn- und Verlustrechnung angegeben ist. Die Dividende wird aber nach Rücksprache mit den Betrieben der gleichen Branche festgesetzt. So kommt es, daß die Dividendenhöhe in einer Branche, die stark kartelliert ist, bei den einzelnen Betrieben kaum voneinander abweicht. Wir haben es nicht mit einer echten Dividende, sondern mit einer aus irgendwelchen Rücksichten festgesetzten Kartelldividende zu tun. Die Verzinsung des fremden Kapitals, die Vergütung an die Aktionäre wird gewissermaßen kartellmäßig gebunden.

Typisch ist dieses Verfahren für die Brauindustrie. Untersucht haben wir 35 Aktiengesellschaften. Sie hatten 1913 ein Kapital von 124,45 Millionen Mk. Es stieg nach der Goldumstellung im Jahre 1924 auf 174,76 Millionen und im Jahre 1926 auf 188,26 Millionen Mk. an. Sehen wir die Summe des dividendenberechtigten Kapitals im Jahre 1913 = 100, so ergibt sich für das Jahr 1924 die Zahl 140,2 und für das Jahr 1926 die Zahl 151,1. Auf das Kapital von

124,45 Millionen Mk. wurden im Jahre 1913 nur 10,66 Millionen Mk. Dividenden gezahlt. Die Summe der gezahlten Dividenden stieg im Jahre 1924 auf 12,03 Millionen Mk., im Jahre 1925 auf 19,03 Millionen Mk. und im Jahre 1926 auf 23,16 Millionen Mk. Wie kaum in einer anderen Industrie liegt hier eine ständige Vergrößerung der für die Dividendenzahlung aufzuwendenden Summen vor. Unter Berücksichtigung der Goldwertung sind die Aufwendungen der Brauindustrie für Dividendenzahlungen gegenüber dem Jahre 1913 stark gestiegen. Sehen wir die Dividendensumme im Jahre 1913 = 100, so ergibt sich für das Jahr 1924 die Zahl 112,9, für das Jahr 1925 die Zahl 178,5 und für das letzte Geschäftsjahr die Rekordzahl von 217,3. Damit dürfte wohl die Brauindustrie, soweit die Rentabilität nach der Dividende zu beurteilen ist, den Vogel abgeschossen haben. Die Durchschnittsdividende betrug im Jahre 1913 8,6 Proz. Sie machte im Jahre 1924 nur 6,9 Proz. aus, stieg dann aber im Jahre 1925 auf 10,9 und im Jahre 1926 auf 12,3 Proz. an. Sehen wir die Durchschnittsdividende des Jahres 1913 = 100, so ergibt sich für das Jahr 1924 die Zahl 80,2, für das Jahr 1925 aber 126,7 und für das Jahr 1926 die Zahl 143.

Abschließend kann gesagt werden, daß in der Spiritus- und Getränke-, in der Nahrungs- und Genussmittel-, in der Mühlen- und in der Brauindustrie die Rentabilität sich seit dem Jahre 1924 in aufsteigender Linie bewegt. Gemessen an der Gesamtrentabilität (vgl. das erste Schaubild im ersten Artikel) stehen die genannten Industrien äußerst günstig da. Dabei ist im Auge zu behalten, daß die Dividendenzahlungen die wirkliche Rentabilität, die von den Betrieben tatsächlich gemachten Ueberschüsse nicht richtig wiedergeben.

Das deutsche Unternehmertum scheint dann auch das Gefühl zu haben, daß es im Laufe der beiden letzten Geschäftsjahre seine Karten allzusehr aufgedeckt hat. Das geschieht in Rücksicht auf die schwierigen Kapitalverhältnisse. Allgemein ist der industrielle Unternehmer auch heute der Auffassung, daß es klug sei, im nächsten Jahre weniger hohe Dividenden zu zahlen. Einmal weil die wirkliche Rentabilität nicht zum Vorschein kommen soll, wenn die Arbeiter höhere Löhne und auch Ausbau der Sozialpolitik fordern, man möchte vielmehr die Dividende drücken, um den bekannten Notstand vorzutäuschen. Dieser soll dann eine Handhabe bieten, die sozialreaktionären Pläne des Unternehmertums durchzuführen. Auch einen außenpolitischen Zweck verfolgt das deutsche Unternehmertum mit seinem Druck auf die Dividende. Man will die Reparationszahlungen, „weil die deutsche Wirtschaft sie nicht leisten kann“, erniedrigen. Wir sind ganz damit einverstanden, daß die Reparationszahlungen der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes angepaßt werden; denn den breiten Schichten geht es in Deutschland wirklich nicht so gut, daß die jährlichen Milliardenzahlungen von ihnen getragen werden können. Dagegen sind wir der Auffassung, daß die Zahlungen der deutschen Industrie auf Grund der Reparationsbelastung bis jetzt nicht eine entscheidende Rolle bei der Erzielung der Ueberschüsse der Betriebe gespielt haben. Wenn die deutsche Industrie das behauptet, dann übertreibt sie eben. Sollen die Reparationszahlungen ermäßigt werden, dann kommt in erster Linie eine Ermäßigung der Lasten in Frage, die die breiten Schichten tragen. Eine solche Ermäßigung muß einer Verringerung der Industriebelastung durch die Reparationszahlungen auf jeden Fall vorangehen. Wenn aber das deutsche Unternehmertum eine besondere Politik treibt, um eine Ermäßigung der Industriebelastung vorzubereiten und zu erzwingen, indem es eine niedrigere Rentabilität seiner Betriebe vorzutäuschen sucht, halten wir diesen Weg nicht nur für verkehrt, sondern auch für sehr dumm. Wir wissen nämlich, daß der Agent für Reparationszahlungen die Betriebe in Deutschland weit besser kennt als der deutsche Unternehmer, und daß er in der Zeit seines dreijährigen Aufenthalts in Berlin wohl gelernt hat, eine deutsche Bilanz und eine deutsche Gewinn- und Verlustrechnung zu lesen.

Sor allem vereint euch alle! Ihr seid verloren ohne Rückhalt, wenn ihr gespalten seid. Und warum solltet ihr es sein, wo so große gemeinschaftliche Interessen euch einen? Sollten wirklich bei so großer Gefahr niedrige Eifersüchteleien und kleinliche Leidenschaften es wagen, sich fühlbar zu machen? Sind sie es wert, daß man sie um so hohen Preis befriedigt? Und sollen eure Kinder eines Tages, auf ihre Kette weisend, rufen: Das ist die Frucht der Uneinigkeit der Väter! J. J. Neuffer.

Der 23. (außerordentliche) Verbandstag in Leipzig.

(Schluß.)

Zunächst die Berichtigung eines Druckfehlers: Der Denag hat die Verschmelzung mit 57 gegen 6 Stimmen beschlossen. Für die nach der Abstimmung über die Verschmelzung gewählte Statutenberatungskommission erstattete Kollege Wenig Bericht. Die von der Statutenberatungskommission zur weiteren Beratung für den gemeinsamen Verbandstag empfohlenen Anträge des Sachungsentwurfes beziehen sich insbesondere auf die Vertretung der Mitglieder auf allen Gebieten des Arbeitsrechtes, Wählbarkeit der Mitglieder als Delegierte und zu Verbandsämtern, Beseitigung des Verbandsbeitrags, Beibehaltung der Quartalsabrechnungen, Anstellung von Angestellten im Einvernehmen mit der Ortsgruppe, Unterhaltung der Bezirksbüros, andere Zusammensetzung der Beisitzer des Verbandsvorstandes, Abtötung des Termines bis zum Stattfinden des nächsten Verbandstages, Festsetzung der Mitgliederzahl für die Wahl der Delegierten zum Verbandstag, Anrechnung des Einkommens zur Festsetzung der Beitragshöhe, Erhöhung der Bezugsdauer bei Erwerbslosenunterstützung auf 45 bis 105 Tage, Herabsetzung der Beiträge zur Invaliden- und Altersunterstützung auf 5 bis 20 Pf., Erhöhung der Unterstützungsätze und Festsetzung der Unterstützungsrechte von zu unserem Verband übertretender Mitglieder, Abstimmung vor Arbeitseinstellung, andere Festsetzung der den Ortsgruppen überlassenen Beträge zur Verwaltung usw. Weiter wurden von der Statutenberatungskommission mehrere vom Verbandsvorstand vorgelegte Anträge empfohlen, meistens verwaltungstechnischer Art, andere behandeln Sterbegeld und Streikunterstützung, ferner Schutz des Fahrpersonals und der Kraftfahrer bei den Verkehrsgefahren.

Die Diskussion brachte noch manche Wünsche und Änderungsanträge, die teilweise der großen, aus allen vier Verbänden zusammengesetzten Statutenberatungskommission zur Berücksichtigung mitgegeben wurden.

Von den von unserem Verbandstag angenommenen Anträgen des Verbandsvorstandes ist besonders folgender von Bedeutung:

„Die dem Fahrpersonal aus dem Verkehr auf der Straße schuldlos erzwungenen Strafmassnahmen sowie die auf Grund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen oder ähnlicher Gesetze bzw. Verordnungen entstehenden Schadenersatzpflichtungen gegenüber dritten Personen können, soweit solche nicht von anderer Seite gedeckt werden, in folgendem Ausmaße aus allgemeinen Verbandsmitteln bestritten werden.“

Strafen und Schadenersatzansprüche im Betrage bis zu 100 Mk. können voll aus allgemeinen Verbandsmitteln gedeckt werden; höhere Strafen und Schadenersatzansprüche, und zwar im Höchstausmaße von 2500 Mk. können bis zu 1/4 aus allgemeinen Verbandsmitteln gedeckt werden (Höchstentschädigung aus Verbandsmitteln 2000 Mk.).

Entstandene Schäden am eigenen bzw. am geführten Gepäcke werden nicht gedeckt.

Die Höchstentschädigung von 2000 Mk. kann nach mindestens 52 Wochen Mitgliedschaft und Beitragsleistung gewährt werden.

- Es können gewährt werden:
- nach 13wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung eine Höchstentschädigung von 500 Mk.
- nach 20wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung eine Höchstentschädigung von 1000 „
- nach 30wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung eine Höchstentschädigung von 1500 „
- nach 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung eine Höchstentschädigung von 2000 „

Ueber die Höhe der endgültig zu zahlenden Beträge kann nur der Verbandsvorstand entscheiden. Ohne dessen Anweisung dürfen solche Ausgaben nicht gemacht werden.“

Danach beschloß der Verbandstag mit den Vorschlägen zum geschäftsführenden Vorstand im gemeinsamen Verbandsrat, und zwar werden zum geschäftsführenden Vorstand vorgelegt: Bader als 1. Vorsitzender; Tröger als stellvertretender Vorsitzender; Köfeler als Sekretär und Sektionsleiter für die Mühlenarbeiter; Meier als Sekretär und Sektionsleiter für Getränke-

arbeiter. Als Beisitzer zum Verbandsvorstand: Trieloff, Berlin (Mühlenarbeiter); Stellvertreter: Großmann, Berlin (Mühlenarbeiter); Waschinski, Berlin (Bierfahrer); Stellvertreter Marienfeld, Berlin (Bierfahrer); Fröhlich, München (Brauerei); Stellvertreter E. Müller, München (Müller); Prinz, Dresden (Brauerei); Stellvertreter Flechsig, Dresden (Mühlenarbeiter); Hofstetter, Dortmund (Brauerei); Stellvertreter Eisermann, Dortmund (Hilfsarbeiter). Außerdem wurde Alt als zweiter Kassierer in Vorschlag gebracht, Hodapp als Revisor und Röhlig als Stellvertreter.

Zum nächsten Gewerkschaftskongreß werden vorgeschlagen: Wittich, Tröger, Ertl, Krieg.

Zum nächsten Kongreß der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter: Köfeler, Frank, Höhle, Hodapp, Schrems, Kiepl, Nische, Wittich, Schmutz.

Dann erfolgte die Abstimmung über die Auflösung des Verbandes, die mit 63 gegen 4 Stimmen in folgender Form angenommen wurde:

Tagung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Am 23. September 16 Uhr eröffnete Biermeier die Verhandlungen des gemeinsamen Verbandstages. Kollege Bader verwies in seiner Einleitungsrede auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den von den vier Verbänden vertretenen Berufen vor und zu Anfang der Gründung der Verbände und auf die durch die langjährige Organisationsarbeit erzielten Verbesserungen auf wirtschaftlichem Gebiet und den wachsenden Einfluß und das Mitbestimmungsrecht im Lohn- und Arbeitsverhältnis, das sie sich erkämpft haben. Alle vier Verbände haben eine bis zu 40jährige Tradition. Sie haben Großes in ihrem Wirkungskreis geschaffen für die wirtschaftliche Besserstellung ihrer Berufsarbeiter, große Kulturarbeit geleistet. Jede der Organisationen war lebensfähig, und war nicht gezwungen sich an eine andere anzulehnen. Der Beweggrund des Zusammenschlusses ist eine Zusammenfassung der Kräfte, eine größere Organisation zu schaffen, von der man sich eine wirkungsvollere Vertretung der Arbeitsinteressen erhofft. Es ist wohl das erstemal in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, daß sich vier Verbände mit verschiedenen Interessen und Einrichtungen zu einem vereinigen. Wir erhoffen davon alles das, was an Hoffnungen auf den Zusammenschluß gesetzt wurde. Damit erkläre ich den gemeinsamen Verbandstag für eröffnet und erkläre den Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter für konstituiert.

Der Sekretär der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter, Kollege Schifferstein, entbietet im Namen der Internationalen Union gewerkschaftlichen Gruß. Noch sind nicht alle Lebensmittel- und Getränkearbeiter in Deutschland dem neuen Verbandsverbande angeschlossen; hoffen wir, daß die Erkenntnis siegt und der Industrieverband seinen Namen mit Recht trägt.

Schilling vom Ortsauschuß Leipzig des IUGB begrüßt den Verschmelzungskongreß im Namen der Leipziger Arbeiterchaft, die stolz darauf ist, daß die Gründung im Heim der Leipziger Arbeiter erfolgt.

Grafmann als Vertreter des Bundesvorstandes des IUGB bringt zum Ausdruck, daß die Verhandlungen in allen vier Verbänden sachlich gehalten wurden, ein hohes Niveau gezeigt und so den Zusammenschluß ermöglicht haben, obwohl viele ihre alte, liebgewordene Organisation aufzugeben sich schwer entschließen konnten. Die nun geschaffene große Organisation wird ohne Zweifel ein größeres Gewicht haben, daß sich in jeder Beziehung auswirken wird. Sie haben Wünsche auf die Vereinigung der organisatorischen Grenzen des neuen Verbandes in ihrem Sinne und hoffen dabei auf die verständnisvolle Mitwirkung des Bundesvorstandes. Diesen guten Willen kann ich zusagen. Wenn es auch vielen Delegierten schwer gefallen ist, sich zur Aufgabe der Selbstständigkeit ihrer ihnen liebgewordenen Organisation zu entschließen, so bin ich überzeugt, daß sie im neuen Verbandsverbande alle ihre volle Schuttfähigkeit tun werden, den

„Der 23. (außerordentliche) Verbandstag beschloß: Mit dem Tage, wo der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands seine Funktionen offiziell aufnimmt, gilt der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands gemäß § 58 des Verbandsstatuts als aufgelöst.“

Alle Aktiven und Passiven sowie alle bestehenden Tarifverträge, Gegenständigkeitsverträge und Schiedssprüche des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands gehen mit diesem Tage auf den neuen Verband über.

Die Mitglieder des aufgelösten Verbandes werden solche des neuen Verbandes, ihre Rechte werden entsprechend den Beschüssen und den Satzungen des neuen Verbandes von diesem übernommen.“

Damit sind die Verhandlungen des Verbandstages des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter am 23. September gegen 13 Uhr beendet.

Mit bewegten Worten wies der Verhandlungsleiter Kollege Hodapp auf das Ergebnis der Verbandstagung, des letzten unseres Verbandes hin und erklärte den Verbandstag für geschlossen.

Verband zu einem wirkungsvollen Faktor im Wirtschaftsleben zu gestalten.

Summarisch ist über das Ergebnis der nun einsehenden Verhandlungen folgendes zu berichten: Die Zusammenfassung des engeren Verbandsvorstandes wurde nach dem Sachungsentwurf beschlossen und die von den vier Verbänden vorgeschlagenen Mitglieder des engeren Vorstandes bestätigt. Dem engeren Vorstand gehören danach an: Bader, 1. Vorsitzender; Tröger (Lebensmittel- und Getränkearbeiter), 2. Vorsitzender; Fröhlich (Böttcher), stellvertretende Vorsitzende; Bader (Denag), Redakteur; Fiedler (Fleischer), 1. Kassierer; als Sekretäre gehören dem engeren Vorstand an, gleichzeitig als Sektionsleiter: Meier (Getränkearbeiter), Köfeler (Mühlenarbeiter), Weber (Denag), Hensel (Fleischer). Die übrigen Vorschläge unseres Verbandes bezüglich der Beisitzer zum Hauptvorstand, für den zweiten Kassierer und den Revisor wurden bestätigt. Bestätigt wurden auch die Delegierten zum Gewerkschaftskongreß und die Vorschläge zum Internationalen Kongreß der Lebensmittelarbeiter wurden zur Kenntnis genommen.

Die gemeinsame Statutenberatungskommission der vier Verbände hatte die von unserer Statutenberatungskommission vorgeschlagenen und von unserem Verbandstag angenommenen Anträge übernommen, die nun dem gemeinsamen Verbandstag vorlagen und vom Berichtstatter, Kollegen Wenig vorgetragen und begründet wurden, darunter auch die Verlängerung der Bezugsdauer bei Erwerbslosenunterstützung bis auf 105 Tage, die Verkürzung der Unterstützungsperiode von 78 auf 65 Wochen, die Festsetzung der Beiträge zur Invaliden- und Altersunterstützung in vier Stufen von 5 bis 20 Pf., eine geringe Erhöhung der Invaliden- und Altersunterstützung gegenüber dem Statutenentwurf mit der Maßgabe, daß Unterstützungen von Betrieben nicht in Anrechnung gebracht werden; ferner der Antrag bezüglich Schutz des Fahrpersonals. Die Anträge wurden sämtlich angenommen.

Ueber einen Antrag der Bäcker, daß Verbandsangestellte mit 65 Lebensjahren pensioniert werden sollen, wogegen sich die Vertreter unseres Verbandes mit Rücksicht auf die Belastung wandten, und auch die Berechtigung der Abstammung bestritten, wird namentlich abgestimmt; die Annahme erfolgt mit 68 036 gegen 60 634 Stimmen.

Kollege Bader stellt dann fest, daß die bisherigen, von den verschiedenen Verbandstagen gewählten Angestellten, so die Redakteure, selbstverständlich in ihren Ämtern verbleiben. Der gegenwärtige Verhandlungsleiter, Kollege Fröhlich, bestätigt dies und fügt hinzu, daß diese für ihr Ressort zu zeichnen haben. Kollege Tröger gibt dann die Erklärung ab, daß ebenso wie das Nachbatterbot so auch unsere Belange in der Frage des Gemeindebestimmungsrechts von der Organisation und in der Zeitung vertreten werden muß. Hierüber bestehe ein einstimmiger Beschluß. Unsere Organisation und die der

Wierzig Jahre Esperanto.

Im Jahre 1887 erschien das erste Heftchen der „Singeo Internacia“. Der Schöpfer, Dr. Zamenhof, unterzeichnete mit dem Pseudonym Dr. Esperanto. Da Zamenhof Arzt war und ohne gesellschaftliche Stellung in der „großen“ Welt, fand das Heftchen keine Beachtung. Nur einige Friedensfreunde interessierten sich dafür. Sie begannen, sich für das Projekt zu begeistern und lernten die neue Sprache, die dazu den Namen „Esperanto“ erhielt. Welch ein Idealismus und welche eine Begeisterung für die Idee der Völkerverständigung gehörte damals dazu, an Esperanto zu lernen! Sagte man doch nicht, ob diese Sprache auch wirklich verwendbar sei, ob man nur einer Utopie nachhänge und ob nicht der erste Versuch, bei einem internationalen Kongreß Esperanto zu gebrauchen, eine Enttäuschung bei ihren Anhängern herbeiführen würde.

Es hat sich Esperanto im ersten Jahrzehnt nur wenige Anhänger erworben. Die „Welt“ schweigend Esperanto tot. Die Arbeiterbewegungen in allen Ländern waren noch schwach, und die Regierungen konnten noch ohne alle Schwierigkeiten über den Völkerverständigung nicht nachdenken.

Im Jahre 1890 wurde in Nürnberg die erste Esperanto-Tagung veranstaltet. Sie hatte nur 20 Abwesende und diese fast nur in den deutschen und polnischen Sprachgebieten. Da vertrat die zaristische Regierung das Esperanto, weil sich Revolutionäre dieser Sprache bedienten. Aber schon war die Bewegung fast ganz in Europa verbreitet. Aber schon war die Bewegung fast ganz in Europa verbreitet. Aber schon war die Bewegung fast ganz in Europa verbreitet.

Im Jahre 1905 wurde der erste Weltkongreß in Brüssel abgehalten. In Brüssel trat mit Esperanto über 500 Esperantisten aus

zwanzig Staaten zusammen und verständigten sich in Esperanto. Wie ein Wunder wirkte dieser Kongreß auf alle Anhänger. Flammende Begeisterung! Liebe und Arbeitseifer für die Idee brachten sie mit nach Hause. Es war die Ueberzeugung, daß Esperanto die Lösung des Weltfriedensproblems ist, die sie beherzigt. Alljährlich fand ein solcher Weltkongreß vor der Zeit des Völkerverstandes statt. Alljährlich gewann die Bewegung immer mehr neue Anhänger. Doch mit der Zahl der Anhänger wuchs auch die Bedeutung der „Welt“, die nun anfing, die Bewegung zu bekämpfen unter der Schloße: „Esperanto ist international. Esperanto ist nur ein Werkzeug der Revolutionäre!“

Auf den mit Blut getränkten Feldern des Völkerverstandes wuchs die Idee nach einem Völkerverständigungsmittel nachher, und so lernten viele Gefangene, selbst in Sibirien, Esperanto. Als die internationalen Beziehungen wieder aufgenommen werden konnten, waren es die Esperantisten, die in direkten Gedankenkontakt mit Klassengenossen in allen Ländern treten konnten. Die Esperanto-Bewegung zeigte von dem Völkerverstand der Anhänger. Die internationalen Beziehungen der Völker sind auf allen Gebieten reichhaltiger geworden. Das vergrößerte das Sprachensdudylon und zwang die verschiedenen internationalen Organisationen, sich mit der Sprachfrage zu befassen. Fast alle haben sich günstig für Esperanto ausgesprochen wie z. B.: der Völkerverstand, das Internationale Arbeitsamt, die internationalen Messen, die Luzerner Sportinternationale, die internationalen Radiokongresse, der Internationale Gewerkschaftskongreß usw. In vielen Schulen aller Kulturländer wird Esperanto als Wahlfach gelehrt. Die „Welt“ hat im vierten Jahrzehnt Esperanto anerkannt! Die Esperanto-Literatur zählt bereits 5000 Bände. Jeder kann heute Esperanto praktisch betreiben.

Und doch, wenn das Ziel: „Esperanto in den Schulen als Pflichtfach“ sich verwirklichen soll, dann bedarf es des gemeinsamen Willens und der gemeinsamen Tat der Arbeiterschaft! Also auch deiner Tat!

Vom Heiraten.

Von Wilhelm Schussen.

(Nachdruck verboten.)

Alles, was einer darüber schreibt, ist schon tausendmal geschrieben worden. Gleichwohl finden sich immer wieder aufmerksame Zuhörer, wenn die ewig alten Geschichten aufs neue erzählt werden. Und die folgenden sollen auch nicht mehr tun, als ein wenig Vergnügen geben. Mein Freund Prudentius war ein überzeugungstüchtiger Junggeselle. Sämtliche Fehler des Weibes wußte er inwendig und auswendig: abergläubisch, aberwitzig, abgefeimt, abgejammert, abhässig, abtrünnig, achtlos, affisch, achtundvierzig, ärgerlich, ärmlich, äußerlich, albern, andächtig, anmaßend, allgegenwärtig, allwissend, anberühmt, armseelig, arbeitslos, argwöhnisch, arglistig, aufgeblasen, aufdringlich, auffällig, aufbrausend, ausgelassen, asiatisch, aufgepußt, auschweifend, aufwieglerisch — und so das ganze Alphabet hindurch bis zu: zaghaft, zaudernd, zimperlich, zäh, zwistig, zornig, zügellos, zuchtlos, zweiseitig.

An dem gleichen Tage, an dem Prudentius den vierzigsten Geburtstag feierte, schied seine Hauswirtin, eine Beamtentochter und treue Seele aus diesem hungrigen Leben, nachdem sie alle ihre weibliche Opferliebe an das neuzustehende Kuckucksnest vergeudet hatte.

Prudentius pflegte regelmäßig gegen Mitternacht von der Biergasse nach Hause zu pilgern. Und fast ebenso regelmäßig geschah es dann, wenn er die Schuhschleife in einem Hund aufstremmen wollte, ein wirrer Knäuel von Mädchen, Schleifen und Knoten entstand. In dieser verzweiflungsvollen Lage suchte er, als kämpfte er mit hunderttausend Teufeln, fluchte, schämte vor Zorn und stampfte gegen den Boden, bis die treue Alte erschien und die tolleren Knäuel löste.

Da Prudentius grundglücklich Schnürstiefel trug, war er nach dem Tode der Witwe in bejammernswürdigem Zustand. Er machte zwar von dem Messer Gebrauch, er bezog alle paar Monate eine andere Wohnung. Aber die Lage war und blieb miserabel. Die

Böttcher sind Mitglieder des Ausschusses gegen das Gemeindefeststellungsrecht. Wir sind der Meinung, daß das so bleibt und die Redaktion verpflichtet ist, die Mitglieder in diesem Sinne zu unterstützen. Widerspruch erfolgt nicht, es war somit beschlossen.

In namentlicher Abstimmung wurde dann als Vorsitzender des Verbandsausschusses Kollege Wittich gewählt und damit Frankfurt a. M. als Sitz des Ausschusses bestimmt. Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Verbandstag wurde dem Verbandsvorstand überlassen.

Der Zusammenschluß der vier Verbände soll in Rücksicht auf notwendige Vorbereitungen möglichst bis 1. April, spätestens bis 1. Juli nächsten Jahres erfolgen.

Damit sind die Verhandlungen beendet.

Am Schluß der Tagung nahm das Wort Kollege Grahn vom ADGB: Sie stehen am Schluß einer bedeutungsvollen Tagung, Sie haben etwas geschaffen, was groß, beachtenswert und zukunftsfähig ist. Ich beglückwünsche Sie im Namen des ADGB, und wünsche nur, daß der vorwärtstreibende Geist der Versammlung hinausgetragen werde in die weiten Kreise der Mitglieder und sich auswirke zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.

Kollege Bäckert sagte zum Schluß: Wir stehen am Abschluß eines wichtigen Zeitabschnitts. Vierzig Jahre haben wir in unserer Organisation die Interessen unserer Mitglieder vertreten, wir schließen damit ab und werden nun in der neuen Organisation in dem gleichen Sinne weiterarbeiten. Die Kollegen mit entgegengekehrten Meinungen sind nicht zu betrachten als Gegner einer größeren Organisation, auch sie wollten das Beste für die Organisation. Sie werden in der neuen Organisation ebenso treu und wirksam arbeiten wie in der alten, um eine größere Schlagkraft zu erzielen. Nach einem herzlichen Dank an den Vertreter des ADGB, die Leipziger Kollegen und alle, die mitgewirkt haben an dem reibungslosen Abschluß der Tagung erklärte Kollege Bäckert die erste Tagung des neuen Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter für geschlossen. Ein dreimaliges Hoch auf den neuen Verband bildete den Schluß.

„Gefahrengemeinschaften“ der Unternehmer.

In den Unternehmerorganisationen ist in den letzten Tagen eine außerordentliche Rührigkeit zu verzeichnen. Neue Kampforganisationen werden errichtet, die man bezeichnenderweise „Gefahrengemeinschaften“ nennt. Es ist bemerkenswert, daß der Anstoß zur Bildung solcher Gefahrengemeinschaften von zwei Seiten ausgeht. Der heftige Kampf in der rheinischen Textilindustrie hat die Unternehmer dieser Industrie veranlaßt, den Zusammenschluß der Arbeitgeber in der Textilindustrie über das ganze Reich enger und fester als bisher zu gestalten. Zu der gleichen Zeit wird der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die rheinisch-westfälische Schwerindustrie zu einem engeren Zusammenschluß aufruft und die Errichtung eines gewaltigen Streikfonds vorschlägt.

Die Textilindustrie plant einen gemeinsamen Kampf, um lokale oder bezirklich ausbrechende Arbeitskämpfe mit Kampfmaßnahmen in anderen Bezirken zu beantworten. Man will also zu dem alten Mittel großer Aussperrungen greifen, um die betreffende Gewerkschaft durch eine kolossale Belastung seiner Streiklaste auf die Knie zwingen zu können.

Noch viel umfassender und gewaltiger sind die Pläne, die von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ausgehen. Die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat zur Bildung von „Gefahrengemeinschaften“ aufgerufen, deren Zweck nach der „Bergwerks-Zeitung“ ist, „Geldmittel zu sammeln, um gegen eventuelle Angriffe der Gewerkschaften“ gerüstet zu sein. Das genannte Blatt fügt frohlockend hinzu: „Das ist eine wenig günstige Nachricht, geht doch daraus hervor, daß man in der Industrie im Zusammenhang mit der Verkürzung der Arbeitszeit und den ständigen Lohnbewegungen größere Arbeitskräfte erwartet. Die diktatorische Arbeitszeitpolitik des Reichsarbeitsministers Brauns beginnt also die von uns schon lange vorausgesagten Früchte zu tragen.“ Diese Bemerkungen des schwerindustriellen Scharfmacherblattes

sollen natürlich nur dazu dienen, die Blicke von dem wahren Grunde dieser fieberhaften Rüstung der Unternehmer abzulenken. Sehen wir uns einmal den Plan, der von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ausgeht, etwas genauer an.

Man muß sich dabei die organisatorische Entwicklung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet näher ansehen. Es gibt keinen Bezirk in Deutschland, wo der Zusammenschluß der Unternehmer so lückenlos und geschlossen erfolgt als hier. Bereits am 25. Juni 1919 wurde die „Austauschstelle der rheinisch-westfälischen Bezirks- und Arbeitgebervereinigungen“ in Düsseldorf errichtet. Dieser Austauschstelle gehören die Unternehmerorganisationen aller Industrien und Berufe an. Im ganzen sind es 21 große Verbände, die ungefähr das Gebiet in der Linie Kleve, Arefeld, Neuß, Remscheid, Siegen, Münster, Bocholt, Wesel umfassen. Die übrigen westdeutschen Bezirke von Aachen bis Worms und vom Westerwald bis Trier sind im wesentlichen der Austauschstelle Köln angeschlossen. Zwischen der Austauschstelle Köln und der Austauschstelle Düsseldorf bestehen enge Verbindungen so daß die Tatsache besteht, daß die gesamte westdeutsche Industrie einschließlich des Baugewerbes von Worms und Trier bis nach Kassel und Bielefeld in einem gewaltigen Block zusammengeschlossen ist.

Dieser Zusammenschluß, der bereits in loser Form seit Jahren besteht, soll nunmehr durch die sogenannten Gefahrengemeinschaften noch enger gestaltet werden. Um für alle Fälle gerüstet zu sein und den Kampf gegen die Arbeiter in breiter Front führen zu können, wurde beschlossen, pro beschäftigten Arbeiter ab Monat August einen monatlichen Beitrag von 5 Mark zu erheben. Nach der „Frankfurter Zeitung“ beschäftigen die in der Austauschstelle Düsseldorf zusammengeschlossenen Unternehmer allein schon 1 Million Arbeiter. Rechnet man diese Gruppe allein, so läme pro Monat ein Beitrag von 5 Millionen Mark zusammen. Für die fünf Monate dieses Jahres von August bis Dezember würde die ungeheure Summe von 25 Millionen Mark allein in der Austauschstelle Düsseldorf zusammenlaufen. Nimmt man die benachbarten Bezirksorganisationen hinzu, so erhält man einen Kampffonds von gewaltiger Größe.

Warum dieser Aufwand an Kraft, warum diese Verjüngung von Summen, die besseren Zwecken dienlich gemacht werden könnten? Direktor Pönzgen hat selbst zugegeben, daß der finanzielle Aufwand der „Kampfgemeinschaften“ einer 2 1/2 prozentigen Lohn-erhöhung gleichzustellen ist. Anstatt nun mindestens diese 2 1/2 Proz. Lohnerhöhung den Arbeitern und Angestellten zu gewähren, will man sie zu verschärften Arbeitskämpfen verwenden. Bedenkt man weiter, welche Wunden große Arbeitskämpfe dem Wirtschaftsleben schlagen, so muß man erkennen, daß den Unternehmern an dem Wohlstand der Wirtschaft überhaupt nichts liegt. Streiks, die bisher örtlich begrenzt waren, werden in Zukunft durch die Maßnahmen der Unternehmer über weite Bezirke oder über ganz Deutschland ausgebreitet.

Die Arbeiterschaft muß erkennen, was hier vorgeht. Es geht gegen die Gewerkschaften. Hierfür sollen keine Mittel gescheut werden. Die Stärkung der Gewerkschaften als notwendige Gegenmaßnahmen muß das Ziel aller Arbeiter sein.

Sicherung des Mitbestimmungsrechts durch Verbesserung des Betriebsratschutzes.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben im Februar 1927 zu den Schwierigkeiten Stellung genommen, die von den Arbeitgebern und von den Arbeitgeberverbänden bei der Durchführung des Betriebsratsgesetzes bereitete werden. Das Ergebnis dieser Aussprache war eine Reihe von Abänderungsvorschlägen, die dem Reichstag zur Annahme unterbreitet werden sollten. Jedoch kam es nicht zu einer vollen Einmütigkeit, vielmehr haben sich die christlichen Gewerkschaften abgefordert und ihre Vorschläge selbstständig eingebracht, die allerdings mit denjenigen der übrigen Spitzenorganisationen in allen wesentlichen Teilen übereinstimmen. Am 25. Februar 1927 hat auf An-

trag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei das Plenum des Reichstages die Abänderungsanträge dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages als Material überwiesen. Bei diesen Abänderungsanträgen handelt es sich im wesentlichen um folgendes (der volle Wortlaut der Anträge ist enthalten im Jahrbuch 1926 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Seite 81):

1. Die Belegschaften sollen das Recht haben, den Wahlvorstand selbst zu bestimmen.
2. Die Mitglieder des Wahlvorstandes und die Kandidaten für die Betriebsratsneuwahlen sollen für die Dauer von drei Monaten dem besonderen Entlassungsschutz der Betriebsvertretungsmittelglieder unterstellt werden.
3. Betriebsvertretungsmittelglieder, die freiwillig oder durch Amtsenthebung oder durch Erlöschen des Betriebsratsamtes wegen Ablauf der Wahlperiode aus ihrem Amte ausscheiden, sollen für die Dauer von weiteren sechs Monaten nach Beendigung der Amtsdauer dem besonderen Entlassungsschutz der Betriebsvertretungsmittelglieder unterstellt bleiben.
4. Entlassungen von Betriebsvertretungsmittelgliedern ohne Zustimmung der Betriebsvertretung sollen nur bei gänzlicher und dauernder Stillelegung des Betriebes möglich sein.
5. Anbauende Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit soll kein Grund zur fristlosen Entlassung von Betriebsvertretungsmittelgliedern sein und
6. Betriebsvertretungsmittelglieder, deren Arbeitsverhältnis lediglich aus Anlaß eines Streiks oder einer Aussperrung gekündigt worden ist, sind nach Beilegung des Streiks oder der Aussperrung wieder einzustellen.

Aus diesen Abänderungsanträgen ist für die Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte ohne weiteres zu ersehen, um was es sich bei diesem Schritt der Gewerkschaften handeln soll. Die Gewerkschaftsfunktionäre und die Betriebsräte werden die Schwierigkeiten kennen bzw. am eigenen Leibe verspürt haben, die in bezug auf den Schutz der Wahlvorstände, der Kandidaten und der Betriebsvertretungen sich in der Praxis ergeben haben. Diese Mängel gilt es zu beheben. Es handelt sich also nicht um eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechts, sondern es handelt sich nur um die objektive Sicherung der Durchführung eines bestehenden Reichsgesetzes. Für jeden anständigen Menschen sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß die objektive Durchführung eines Gesetzes gewährleistet sein muß. Es wird sich infolgedessen kein Arbeitgeber und kein Arbeitgeberverband finden können, der etwas gegen diese Abänderungsvorschläge der Gewerkschaften einzuwenden hat, weil er dadurch zu erkennen geben würde, daß die objektive Durchführung von gesetzlichen Erweiterungen verhindert werden soll. Auch die Reichsregierung wird nicht in der Lage sein, die Vorschläge der Gewerkschaften abzulehnen, weil auch sie sonst die für eine Regierung unmögliche Ansicht vertreten würde, daß Gesetze undurchführbar bleiben sollen.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat sich bisher mit diesen Abänderungsvorschlägen noch nicht beschäftigt können, weil die Beratungen über das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung alle verfügbare Zeit in Anspruch genommen haben. Dieses Gesetz ist Mitte Juli 1927 verabschiedet worden. Bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages im Oktober 1927 ist es eine Ehrenpflicht, daß die Abänderungsvorschläge der Gewerkschaften schleunigst durchberaten werden. Die Arbeiter müssen die Entwicklung dieser Angelegenheit aufmerksam verfolgen. Die Gewerkschaften werden nichts unterlassen, um die Gesetzgebung ihrer Anträge zu erreichen, und es ist auch damit zu rechnen, daß der Gesetzgeber sich diesen zwingenden Notwendigkeiten nicht verschließen wird. Wie dem aber auch sei, alle Belegschaften müssen den denkbar größten Wert auf ihr Mitbestimmungsrecht legen. In keinem Betriebe, in dem eine gesetzliche Betriebsvertretung gewählt werden kann, darf diese Betriebsvertretung fehlen. Auf diese Weise werden nicht nur die Arbeitgeberverbände und die Arbeiter, sondern auch der Gesetzgeber erkennen, wie ernst es der Arbeiterklasse mit ihrem Mitbestimmungsrecht ist.

Neben dem Ausbau der gesetzlichen Sicherung des Mitbestimmungsrechtes gibt es noch eine weitergehende Sicherung, nämlich durch die Schaffung starker Gewerkschaften. Wenn alle Arbeiter Mitglieder ihrer zuständigen freien Gewerkschaft sind, dann wird das Mitbestimmungsrecht in

liebende Wohnung endlich, die er am Ende des qualvollen Jahres angetreten hatte, schien seinen Wünschen einigermaßen wenigstens zu entsprechen.

Die neue Hausfrau, wieder eine Witwe, aber diesmal eine forche, kam sogar abends auf das Gepolter herbei, fragte, was Schreckliches los sei — und löste die verhegten Nesteln. Am zweiten Abend jedoch erklärte sie ihm rund, daß sie einen solchen Dienst höchstens einem zugetrauten Manne erweisen würde.

Prudentius fand dies komisch und mußte lachen. Die Witwe schlug ihn sanft auf die Wange, nannte ihn ein verdorntes Kind und machte sich an die Fingerringe. Prudentius lachte wieder. Es war ihm so eigentümlich zumute wie nie sonst. Und ohne recht zu wissen, was er tat, nahm er den ersten zottigen Weiberkopf zwischen seine Hände. Dafür bekam er wieder einen sanften Streich.

Heute sind es deren ungezählte. Denn Prudentius ist verheiratet. Statt der verhängnisvollen Schnürkieseln trägt er Pantoffeln, und die Wirtshäuser kennt er nur noch vom Hörensagen.

So etwas freut jeden wahren Menschenfreund.

Mein Jugendgenosse, der spätere Professorkandidat und jetzige Professor Jost Züttler, wollte eine feingebildete Dame zur Frau. Er löste sogar seine erste Verlobung, weil die Braut auf eine überaus geistreiche Anspielung Jostens (er verglich sie mit der edlen Griechin Elektra) schrieb, sie verstehe wenig vom Elektrischen. Das zweite Verlöbniß ging in die Brüche, weil die Erwählte, die man im persönlichen Verkehr für sehr talentvoll hielt, in einem vierseitigen Brief fünfundsiebzig Fehler machte: dreißig Schreibfehler, dreizehn grammatikalische, einen logischen Konstruktionsfehler und einen noch zu bestimmenden.

Die dritte Braut entsprach Jostens Anforderungen. So ist er heute beneidenswerter Ehemann. Seine Gemahlin ist dermaßen geistvoll, daß sie alles besser weiß als er. Sogar die Predigt hat er in Haus. Und das ist von nicht geringem Vorteil, wenn man bedenkt, wie oft man sich kalte Füße in der Kirche holt.

So etwas freut jeden wahren Menschenfreund.

Mein Better Gordian, damals ein gerissener Bedemann, machte sich das Heiraten zum einzigen Lebensproblem, das heißt natürlich das vernünftige Heiraten.

Ob die Zukünftige dreifach oder einfach, ob schlank wie eine Zonne oder Tanne, ob ebenmäßig wie eine Bergkieser, ob sie mehr Haare auf den Zähnen oder auf dem Kopfe hat, ob sie in neun Töpfe oder nur in sieben zu gleicher Zeit setzen kann, „das ist“, belobte Gordian zu sagen, „Nebenache, durchaus Nebenache. Wenn sie nur reich ist. Reich! reich!“ Eine Fabrikantentochter besaß die meisten der genannten Eigenschaften. Nach der Trauung fand Gordian den Mut, dem Schwiegerpapa seine Schulden einzugestehen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr er den Konkurs des reichgegläubten Mannes um einige Tage früher als andere Leute.

Gordian hätte nun freilich seine Gattin mit dem wohl einzig großen Trost um Geld sehen lassen können. Aber er unterließ es und hat sich ehrlich durchgerungen. Nach vielen gescheiterten Versuchen zieht er als stabilbekanntes Rekrutierungshändler von Haus zu Haus, und seine Verwandtschaft blüht, wenn nicht mit Stolz, so doch mit christlicher Duldsamkeit zu dem braven Better hernieder.

Das gönnt ihm jeder wahre Menschenfreund.

Meinen Onkel Krippin ließ der Geiz nicht heiraten. Nun ist er ein alter Schimmel und hinter den Weibern her wie der Herbstwind hinter den Blättern, ohne sie je zu erreichen. In den Kneipen allerdings darf er für zwanzig Pfennig Trinkgeld der Kellnerin die Hand küssen, und für zweimal zwanzig wird ihm der Pelz gestreichelt. Bei dieser letzten Auszeichnung dreht er Augen wie ein sechzehnjähriger Jüngling und zerfließt vor Glück.

So etwas freut jeden wahren Menschenfreund.

Ueber die begehrten Damen zu schreiben, wage ich hier nicht. Es ist schon jubel, wenn ich mir ein Urteil über die Frauen-

Heidung erlaube. In jener seligen Knabenzeit, da ich die Frauen nur an den Rücken erkannte, hatte ich eine komische Vorstellung von dem weiblichen Körper, namentlich von dem der vornehmen Damen: auf Rücken und Brust eine Art von Höder, für die ich keine Erklärung fand, dann um die Hüften fabelhaft dünn, daß ich mir nicht denken konnte, wie hier ein Mittagessen Platz haben sollte, dann plötzlich wieder so dick, daß mir unser Nachbar, der Bierbrauer, wie ein Hungerleider vorkam. Und das alles auf rätselhaft kleinen Stelzfüßen.

Ich habe mir damals vorgenommen, nie eine solche zu heiraten. Nicht bloß deshalb, weil ich zu jener Zeit just in meine Altersgenossin und Nachbarin, in die geradegewachsene Ursula, die Füße hatte wie ich, mit der ganzen Macht eines neunjährigen Knaben verklebt war, sondern weil ich mich von innen heraus abgehoben fühlte.

Ursula kam später in die Großstadt. Und als ich sie wieder fand, konnte ich mich des Gedankens nicht erwehren, daß es besser wäre, wenn sie Modeshöder auf allen vieren trüge. Sie ist freilich nachher aus Not besser geworden und nach vergeblicher Liebeshüte aufs Land gezogen. Dank der gesunden Luft und der vernünftigen Behandlung ihres Mannes, des Mesners, Bahnzählers und Bodschneiders, sind die Stadthöder verschwunden.

So etwas freut jeden wahren Menschenfreund.

Meine eigene Heiratsgeschichte ist langweilig.

Ich bin, wie ich so oft hören muß, ein halbverrückter Mensch voll krummer Ansichten. Und so machte ich, trotz der vielen, vielen Warnungen, ein armes Mädchen namens Adelheid, das ich für das Schönste auf Erden hielt, zu meiner Frau.

Die Bäder baden die Brote immer kleiner, und die Würste werden immer kürzer. Das spürt eine Familie mit sieben lebendigen, gesunden Kindern. Und schon richtet meine Frau die Windeln wieder.

So etwas betrübt den wahren Menschenfreund.

